



SEBASTIÃO MOREIRA / DPA

## Venezuela

### Protest der Hungrigen

Der niedrige Ölpreis könnte Präsident Nicolás Maduro in den kommenden Monaten vorzeitig das Amt kosten. Nach Ansicht vieler Finanzexperten steuert Venezuela auf einen Staatsbankrott zu: Bei einem Ölpreis von unter 30 Dollar pro Barrel wird es immer wahrscheinlicher, dass Caracas seine Auslandsschulden in Höhe von rund 120 Milliarden Dollar nicht mehr bedienen kann. Bislang hat das Land seine Kredite stets pünktlich zurückgezahlt, nicht einmal der Linkspopulist Hugo Chávez hat je erwogen, den Schuldendienst einzustellen. Doch nun werden bereits im Februar Zahlungen in Höhe von zwei Milliarden Dollar fällig. Der Präsident will den Betrag offenbar aus den ohnehin schrumpfenden Devisenreserven abzwacken. Zugleich fehlt ihm jedoch Geld, um überlebenswichtige Importe zu finanzieren, deshalb hat er den „Wirtschaftsnotstand“ ausgerufen. Die



CRISTIAN HERNANDEZ / PICTURE ALLIANCE

Warteschlangen vor einem Lebensmittelgeschäft in Caracas

meisten Nahrungsmittel und Konsumgüter werden importiert und müssen in Dollar bezahlt werden. Allerdings stammen 95 Prozent aller Deviseneinnahmen aus dem Ölverkauf. Daher hat sich die Versorgungskrise in den vergangenen Wochen dramatisch verschärft. Aus einigen Provinzen senden die hungernden Bewohner via Internet und Telefon Notrufe; in Caracas kommt es immer öfter zu Protesten gegen die Mangelwirtschaft. Die Inflation ist schon

jetzt die höchste der Welt, in diesem Jahr könnte sie auf 720 Prozent ansteigen. Bereits im Dezember ist Maduros Partei bei der Parlamentswahl abgestürzt, oppositionelle Abgeordnete stellen seither die Mehrheit. Nun bröckelt Maduros Basis noch weiter. Angesichts der Krise hat er erstmals den Dialog mit der Opposition gesucht. Das wird ihm kaum helfen, sollte sich die Versorgungslage verschlechtern: Volksaufstände hat noch kein Präsident politisch überlebt. jgl

## Fußnote

# 24

neue Atomreaktoren sollen bis Ende des Jahrzehnts in China ans Netz gehen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wie Kohle sowie Ölimporten verringern. Nicht nur zur Eigenversorgung, sondern auch für den Technologie-Export plant Peking den Bau von 200 Reaktoren. Zu den Kunden zählen neben Industriestaaten wie Großbritannien auch Hochrisikoländer wie Pakistan.

## Polen

### Internationale Nationalisten

Die Angst vor den Flüchtlingen vereint die europäischen Rechtsextremen: Am kommenden Wochenende planen sie in 14 Ländern Proteste gegen „die muslimische Eroberung Europas“, unter anderem in Belgien, Finnland, Italien und Polen. Die Pegida-Aktivistin Tatjana Festerling will in Warschau demonstrieren, ausgerechnet auf Einladung der rechtsextremen „Nationalen Bewegung“. Dabei hegt die polnische Rechte eine tiefe Feindschaft gegen-

über den Deutschen. In ihren Augen versucht Berlin, wie schon im Zweiten Weltkrieg, sich ganz Europa untertan zu machen, nur diesmal unter dem Deckmantel der EU. „Wir zeigen unsere gemeinsamen christlichen Wurzeln und unsere Souveränität gegenüber der EU“, sagt Jerzy Kenig von der „Nationalen Bewegung“, die den europäischen Aktionstag mitorganisiert hat. Die Partei fordert „null Immigranten“ – und hat dabei eine Mehrheit hinter sich: 53 Prozent der Polen wollen einer Umfrage zufolge keine Flüchtlinge aufnehmen. Die nationalkonservative Regierung fährt einen ähnlichen Kurs: Sie sperrt sich dagegen, Flüchtlinge im Rahmen einer EU-Verteilungsquote aufzunehmen. Im vergangenen Jahr hat Polen 346 Asylbewerber anerkannt, die meisten waren Syrer. jpu



MARCIN ROZPĘDOWSKI / CORBIS

Demonstrierende Islamgegner in Warschau